

Aukündigung einer Verstaatlichung der Lebensmittelzentralen.

Eine Vorsprache der deutschnationalen Gewerkschaften bei der Regierung.

Unter Führung der Deutschgewerkschaftlichen Vereinigung des Abgeordnetenhauses, vertreten durch den Obmann Abgeordneten Heine und die Abgeordneten Dr. Bodirsky, Kittinger, Knirsch, Neunteufel und Dr. Waber, sprachen gestern die Vertreter der deutschen Arbeitnehmerverbände und deutschnationalen Arbeitergewerkschaften beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vor. An der Konferenz nahmen seitens der Regierung noch der Eisenbahnminister Freiherr v. Banhaus, Handelsminister Dr. v. Wieser, Ernährungsminister Paul, in Vertretung des Finanzministers Sektionschef v. Galecki sowie eine Anzahl Fachreferenten der beteiligten Ressorts teil. Sämtliche in der Zentralkommission vereinigten Gewerkschaften und andere Organisationen mit dem Obmann Gattermayer waren erschienen. Gegenstand der Beratung bildeten die Ernährungsfragen, die Versorgung mit Zivil- und Dienstkleidern, die Gehalts- und Lohnfragen für die Festbesoldeten und Arbeiter.

In der Ernährungsfrage standen nach dem Berichte des Abgeordneten Knirsch folgende Vorschläge zur Verhandlung: Erhöhung der Mehlkopfquote, Erstellung eines gemeinsamen Ernährungsplanes mit Ungarn und dem Deutschen Reich und Errichtung eines gemeinsamen Ernährungsamtes mit gemeinsamen Verwaltungskräften und Exekutivorganen; Abschaffung jeder Sonderversorgung bei Aufrechterhaltung des Zuschusses für Schwerarbeiter, Verteilung der Lebensmittel ausschließlich durch die Gemeinden, Abschaffung der derzeitigen Zentralen und Verstaatlichung der zentralen Bewirtschaftung; strengste Maßregeln zur Einhaltung der Höchstpreise und Bestrafung des Wuchers und des Schleichhandels nach Kriegsrecht. Anschließend daran besprach Abgeordneter Heine die Mängel der Lebensmittelaufbringung aus Polen und der Ukraine.

Ernährungsminister Paul gab ein übersichtliches Bild über die augenblickliche Ernährungslage, über die Aussichten der kommenden Ernte und über die zu deren besserer Erfassung getroffenen Maßnahmen. Eine Erhöhung der Mehlkopfquote könne in absehbarer Zeit dann eingeführt werden, wenn die Zuschüsse aus den besetzten Gebieten, insbesondere aus der Ukraine, durch entsprechende Maßnahmen gesteigert werden. Bezüglich der Lebensmittelverteilung billigte der Ernährungsminister den von den deutschgewerkschaftlichen Abgeordneten vertretenen Standpunkt einer einheitlichen Verteilung durch die Gemeinden. Schließlich sagte der Minister zu, daß er im Sinne der gemachten Vorschläge die Verstaatlichung sämtlicher Lebensmittelzentralen und deren Umwandlung in Unterstellen des Amtes für Volksernährung in kürzester Frist zur Durchführung bringen werde.

Ueber die Bekleidungsfrage berichtete Abgeordneter Heine; er forderte eine ausreichende Beistellung von Dienstkleidern und Schuhen, weiter daß die bestehenden Wirtschaftsverbände zur Beschaffung von Zivilkleidern für Angestellte und Arbeiter unter materieller Mitwirkung der Regierung entsprechend erweitert und ausgestaltet werden.

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser gab eine Darstellung der äußerst schwierigen Verhältnisse in der Bekleidungsfrage, sicherte jedoch die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche hinsichtlich der Beistellung von Dienstkleidern für die staatlichen Angestellten zu. Auch gab er die Erklärung ab, daß die Regierung neuerdings große Summen für die geforderte Ausgestaltung der Wirtschaftsverbände zur Bekleidung der staatlichen Angestellten bereitstellen und diese Institution in jeder Weise fördern werde.

Abg. Dr. Waber verlangte in der Frage der Gehalts- und Lohnforderungen eine entsprechende Erhöhung der bestehenden Steuerzulagen unter Beibehaltung der Anschaffungsbeiträge, die Einbeziehung eines Teiles der Steuerzulagen in die definitiven Bezüge und die Durchführung der definitiven Befoldungsreform für alle Kategorien der Staatsangestellten.

Gewerkschafter Gangelmayer vertrat das von der Koalition der Eisenbahnerorganisationen aufgestellte Programm über Gehalts- und Lohnforderungen und verlangte seine restlose Durchführung.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler anerkannte die loyale Haltung aller Kategorien der Staatsangestellten und Arbeiter während der ganzen Kriegszeit trotz der für sie besonders schwierigen Lebensverhältnisse. Er anerkannte die Verpflichtung des Staates, teils durch Aufbesserung der Kriegszuschläge, teils durch naturale Zuwendungen das Los der staatlichen Angestellten erträglicher zu gestalten.

Eisenbahnminister Freiherr v. Banhaus erläuterte die Stellung der Regierung zu den Forderungen der koalitierten Eisenbahner und sicherte in einzelnen Punkten eine weitere Berücksichtigung dieser Forderungen zu. Bezüglich einer Be-

seitigung gewisser Härten in den Bestimmungen über die Steuerzulagen und Abänderung der Bestimmungen über die Zulagen der im Kriegsdienste stehenden Eisenbahner erklärte sich der Eisenbahnminister bereit, die aufgestellten Forderungen wo möglich noch vor Zusammentritt des Abgeordnetenhauses der Erfüllung zuzuführen.

Sämtliche Abgeordneten, insbesondere die Abgeordneten Dr. Bodirsky, Kittinger und Neunteufel, ferner die Vertreter der Arbeitergewerkschaften Gattermayer und Dr. Reichl führten Beschwerde über die verständnislose Haltung untergeordneter Organe des polizeilichen Dienstes gegenüber den deutschnationalen Arbeitergewerkschaften, besonders in Sachen des Versammlungsrechtes und der Vertretung der Gewerkschaften in Beiräten und Enqueteen.

Eisenbahnminister Freiherr v. Banhaus erklärte namens des augenblicklich nicht anwesenden Ministerpräsidenten, daß die Regierung die Bedeutung der deutschnationalen Gewerkschaften vollaus würdige und deren Verdienste um das Durchhalten im Kriege dankbarst anerkenne; er sicherte die Abstellung von Mängeln der untergeordneten Organe zu.

Nach vierkündiger Dauer wurde die Konferenz geschlossen.